



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

18. März 1949

spd/IV/33

(Zur bevorstehenden amtlichen Veröffentlichung
des Pakt-Textes.) Die Redaktion.)

Die Grosse Verteidigungscoalition

Von Dr. Gerhart Luetkens

Über die Bestimmungen des atlantischen Paktes ist Übereinstimmung unter den zunächst beteiligten Regierungen erzielt worden. Seine Veröffentlichung steht unmittelbar bevor. Anfang April soll er in Washington unterzeichnet werden. In erster Linie sind die Vereinigten Staaten und Kanada, sowie Grossbritannien, Frankreich und die drei Benelux-Länder beteiligt. Norwegen hat sich bereits angeschlossen; Dänemark, Island und wohl Italien, möglicherweise auch Portugal werden folgen. Der Zusammenschluss dieses mächtigen Verteidigungsbündnisses bildet einen Markstein in der Entwicklung der Nachkriegspolitik.

Durch den atlantischen Pakt wird gleichzeitig der politische und strategische Rahmen, in dem der "kalte" Krieg der Sowjetunion mit ihren selbstgewählten Gegnern sich abspielen soll, an dem vielleicht wichtigsten Punkte abgesteckt. Es gibt nunmehr ein "Bis hierher und nicht weiter!". Sollte sich eine Verständigung der beiden Machtblocks nicht erreichen lassen, gibt es ein deutlich kenntliches Terrain für Verteidigung und Gegenangriff. Dass es zur friedlichen Schlichtung im kalten Krieg kommen möge, deutet der Artikel 1 des Paktes an. Ebenso tut das Artikel 7, in welchem die Zuständigkeit des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen ausdrücklich als den Paktverpflichtungen untergeordnet anerkannt wird.

Politisch gesehen ist der Artikel 6 das eigentliche Kernstück des Vertrages. Er legt das Gebiet fest, dessen Verteidigung das gemeinsame Anliegen aller Beteiligten sein soll, d.h. die Territorien aller Teilnehmerstaaten. Einbezogen ist zweitens der ganze nördliche Atlantische Ozean, damit also die Seeverbindung zwischen Nordamerika und Europa. Als südliche Grenze dieses geschlossenen Meeresgebietes wird der Wendekreis des Krebses festgelegt, was die atlantische Küste von Marokko einbezieht. Im Norden fällt mit dem Beitritt Dänemarks auch dessen Kolonie Grönland in die

Verteidigungszone. Sollte zu unser aller Unglück und wider Erwarten der Weltkonflikt sich nicht friedlich beilegen lassen, so bedeutet dies, dass für den Luftkrieg, der grösstenteils über den Nordpol hinweg geführt werden dürfte, Radar- und Flugzeugstützpunkte in der Arktis über weit mehr als die Hälfte des Erdumfanges den atlantischen Mächten zur Verfügung stehen werde.

Drittens wird nach diesem Artikel 6 als eine Angriffshandlung jedes bewaffnete Vorgehen gegen die in anderen Ländern stationierten Okkupationstruppen der Teilnehmer betrachtet. Diese Bestimmung deckt praktisch Deutschland und Österreich, auch Triest, soweit und solange sie besetzt sind, da ein Vorgehen gegen die Besatzungsgruppen die ganze Verteidigungsapparatur in Bewegung setzen würde. Insofern wird also Europa von der Linie Triest - Wien - Berlin - Lübeck - Hammerfest gesichert.

Dabei ist noch bemerkenswert, dass der Pakt als Angriff nur ein bewaffnetes Vorgehen, nicht aber die sogenannte indirekte Aggression bezeichnet. Anstiften innerer Unruhen etwa gilt nicht als Grund für Hilfeleistung durch die anderen Beteiligten. Es bleibt Aufgabe der europäischen Staaten, durch konstruktive Politik selbst mit solchen inneren Schwierigkeiten fertig zu werden, wie sie kürzlich von Thorez und Togliatti angedroht wurden.

Es hat einige Schwierigkeiten gemacht, für die gegenseitigen Beistandsverpflichtungen eine Definition zu finden, welche vor allem in den Vereinigten Staaten nicht den verfassungsmässigen Rechten der Volksvvertretung vorgriff. Die Schwierigkeiten sind überwunden worden. Artikel 5 ist das Resultat. Man kennt noch nicht den genauen Text, doch wird er nicht automatisch bewaffnete Hilfeleistung vorsehen. Er wird festlegen, dass ein Angriff auf einen der Beteiligten einer auf alle ist, sofortige Hilfeleistung wird erfolgen in bewaffneter Hilfeleistung, oder, falls zweckmässig, auch in Waffenlieferungen und Wirtschaftshilfe. Es handelte sich in den USA ja nicht um Rechtsfragen, sondern darum, ein Gerüst zu errichten, welches eine bestimmte politische Aufgabe lösen könnte.

Dass die Regelung allseitig als politisch befriedigend angesehen wird, liegt daran, dass der Präsident der Vereinigten Staaten nach der Verfassung genügend Handlungsvollmachten hat, wenn es sich darum handelt, Gebiete zu schützen, deren Schutz die öffentliche Meinung und beide politischen Parteien in Amerika als notwendig für die Sicherheit des eigenen Landes ansehen.

Von besonderer Bedeutung ist auch der Artikel 8. Schon bestehende Hilfsverpflichtungen bleiben in Kraft. Der Brüsseler Pakt der fünf europäischen Staaten mit seinen besonderen Aufgaben bleibt also als Verpflichtung bestehen. Dasselbe gilt für den französisch-sowjetischen Vertrag, der sich gegen Deutschland richten würde, unter besonderen Umständen, deren Eintritt freilich praktisch als unmöglich angesehen werden kann.

Die folgenden Sätze stammen aus Reden, die Arthur Koestler auf einer kürzlich besetzten Amerika-Reise gehalten hat. Koestler wurde in Deutschland besonders durch sein Buch "Sonnenfinsternis" bekannt. D. Red.

S t r e i f l i c h t e r

Von Arthur Koestler

"Die Beschwichtigung einer aggressiven, expansionslustigen Macht bringt einen Nebel hervor, worin keiner der beiden Partner mehr weiss, wo er steht; hat der Angreifer die Stellungen A, B und C bereits an sich gerissen, so hofft er, auch bei der Besetzung von Stellung D nochmals davonzukommen - und weshalb sollte er das nicht erhoffen, wird er doch selbst von den Beschwichtigern im gegnerischen Lager dazu ermutigt? Erblickt indessen aber der Defensivpartner in Stellung D - 1939 war dies Polen - einen casus belli, so schliddert die Welt in einen Krieg, ohne dass einer der beiden Hauptbeteiligten dies gewollt hätte. Mit anderen Worten, Beschwichtigung ist ein Pokerspiel; straffe, klar vorgezeichnete und von Prinzipien getragene Politik aber ein Schachspiel."

+

"Manche Teile der reaktionären Presse sind ausserstande oder nicht gewillt, zwischen Liberalen, Anhängern des New Deal, Sozialdemokraten und Stalinisten zu unterscheiden. Sie alle sind ja verdammte Rote. Verständlicherweise sind wir über diese giftgeladene Dummheit empört. Doch wollen wir nicht vergessen, dass zum Teil die Linke selbst an dieser Verwechslung schuld ist. Der linksgerichtete Babbitt oder Spießker glaubt an ein kontinuierliches Spektrum, das sich vom Blassrosa der Liberalen über das tiefere Rot der Sozialisten immer weiter bis zum Purpurrot der kommunistischen extremen Linken erstreckt. Diese Vorstellung fasst auf einer Verwechslung der politischen Richtung "links" mit der geographischen Himmelsrichtung "östlich". Es ist Zeit, sich einzuhämmern, dass Moskau nicht links, sondern östlich liegt. Die Sowjetunion ist kein sozialistisches Land und die Kominformpolitik ist keine sozialistische Politik."

+

"Jahrelang waren wir im antifaschistischen Kampf mit den Kommunisten alliiert, und heute, da wir uns trennen müssen, bleiben einige Wurzeln vergangener Treue und sentimentalen Konservatismus in uns zurück, die sehr schwer zu beseitigen sind. Unsere Brüder von gestern teilen diese Gefühlsäuselei selbstverständlich nicht. Bei der geringfügigsten Meinungsverschiedenheit brandmarken sie uns als Faschisten, Spione und Verräter. Diese Gefühlsbindungen sind einseitig, und es ist eine entscheidend wichtige Erkenntnis, dass sie völlig irrationaler und konservativer Natur sind."

+

"Die Verteidigung unseres Systems gegenüber einer Todesgefahr schliesst keineswegs eine Billigung aller Einzelheiten dieses Systems in sich und fordert auch nicht den Verzicht auf die weitgesteckten Ziele. Umgekehrt befreit uns unsere Kritik an den Mängeln dieses Systems nicht von der Verpflichtung, dieses trotz seines dunkeln Graus gegen die vollständige Korruption des Humanitätsideals zu verteidigen."

+ + +
+ +

Ist Bonn gefährdet?

(sp) Informationen, die aus Bonn und Berlin zu der Frage vorliegen, ob es gelingen wird, verhältnismässig bald, also im ungefähren Rahmen der ursprünglich gesteckten Termine, zu einem beide Seiten befriedigenden Ergebnis in den gegenwärtigen Ausgleichsverhandlungen der alliierten und deutschen Stellen über das Grundgesetz zu kommen, sind alles andere als ermutigend.

Dass zum Beispiel die Londoner Beratungen zwischen den westlichen Alliierten über das Besatzungsstatut absolut nicht vom Fleck kommen wollen, obwohl schon vor einiger Zeit nach offiziellen Mitteilungen eine Einigung bis auf drittrangige Fragen erzielt war, kann man sich jedenfalls an massgebender sozialdemokratischer Seite kaum noch mit Meinungsverschiedenheiten über den Gegenstand der Beratungen selbst, also das Besatzungsstatut, erklären. Vielmehr drängt sich allmählich die Vermutung auf, als ob ausserhalb dieses Rahmens allgemeine politische und internationale Überlegungen zunehmenden Einfluss auf Beschlüsse gewinnen, die sich ausschliesslich mit der Ordnung für das Zusammenleben von Deutschen und Besatzungsmächten in Westdeutschland und Berlin befassen sollten.

Eine solche Entwicklung würde ganz neue Grundlagen für die Gesamtbeurteilung auch der deutschen Bemühungen um ein vorläufiges Grundgesetz schaffen. Es ist möglich, dass Erich Ollenhauer, der stellvertretende Vorsitzende der SPD, zu diesem Fragenkomplex am Wochenende auf dem Bezirksparteitag in Worms öffentlich Stellung nehmen wird.

Gniffke contra Ollenhauer

(sp) Erich Gniffke hat in Hannover eine Schiedsmannverhandlung beantragt, durch die ihm Gelegenheit gegeben werden soll, sich gegenüber der Behauptung Erich Ollenhauers zu rechtfertigen, durch sein, Gniffkes, Verhalten seien tausende von Sozialdemokraten der Ostzone ums Leben oder in ein russisches KZ gekommen. (m/1/183/1/he)

Besuch in Dänemark

(sp) 15 deutsche Sozialdemokraten weilten zu dreiwöchigen Studienaufenthalt in Dänemark. Sie waren vom dänischen Arbeiterbildungsverband eingeladen worden. Nachfolgend berichtet ein Teilnehmer über seine Eindrücke.

WF. Während es in der ersten Zeit nach dem Vriege in Dänemark verboten war, deutsch auf der Strasse zu sprechen, wird man jetzt häufig in den Geschäften deutsch bedient. Die Zeit, da deutsche Soldaten in die Fenster Kopenhagener Arbeiterwohnungen schossen, ist unvergessen und die zehn Milliarden Kronen, die die Besetzung gekostet hat, sind heute noch eine starke Belastung für Etat und Steuerzahler. "Wir hassen die Nazis, aber wir lieben unsere deutschen Kameraden". Mit diesen Worten begrüßte uns der Vorsitzende der dänischen Gewerkschaften. Wie er, denken heute viele seiner Landsleute.

Die dänische Demokratie ist nicht im entferntesten mit den Problemen belastet, die ein verlorener Krieg und seine Folgen der jungen deutschen Demokratie auferlegen. Sie hat es daher um vieles leichter. Sie ist aber auch organisch gewachsen und hat ihre Wurzeln in dem Freiheitsgefühl und Unabhängigkeitsstreben der vorwiegend bäuerlichen Bevölkerung, die vor hundert Jahren schon zu genossenschaftlichen Betriebsformen fand und sich erfolgreich gegen den Grossgrundbesitz durchsetzen konnte.

Reichstagsitzungen und Stadtverordnetenversammlungen bieten ein Bild leidenschaftsloser und sachlicher Arbeit. Selbst bei einer so entscheidenden Frage wie der eines Verteidigungsabkates verlief die Debatte ohne Temperamentsausbrüche. Nicht einmal die Kommunisten, deren Phraseologie überall gleich ist, bildeten davon eine Ausnahme, weil sie sich sonst unmöglich machen würden. Auf der Tribüne des Reichstages saßen viele junge Männer und Frauen und bekundeten damit ihr Interesse an den politischen Problemen ihres Landes.

Auffallend ist, dass die in scheinbarer Überfülle vorhandenen Lebensmittel, Butter und Fleisch, noch immer rationiert sind. In einer Zeit, da in den Westzonen die Aufhebung der Bewirtschaftung von Schaf- und Schweinefleisch diskutiert wird, erhalten die dänischen Verbraucher nur ein Viertel ihrer Fettration (die etwa das Doppelte unserer Normalverbraucherrationen beträgt) in Butter. Die Rationierung wird strikt eingehalten, ein schwarzer Markt ist unbekannt. Zucker, Kaffee, Tee und Schokolade sind ebenfalls bewirtschaftet. Jedem Verbraucher stehen monatlich 1/4 Pfund Kaffee und vierteljährlich 1/4 Pfund Schokolade zu. Die Rationierung des beliebten Kaffees bekümmert die dänische Hausfrau am meisten, aber sie hält sich diszipliniert an die Massnahmen der Regierung. Es ist das Ziel der von Sozialdemokraten geleiteten Wirtschaftspolitik, dass Dänemark am Ende der Marshallhilfe 1952 wieder völlig auf eigenen Füßen steht. Auch von der radikalsten Partei ist noch kein Wort für die Aufhebung der Bewirtschaftung gesprochen worden.

In den höheren Klassen der meist modern eingerichteten Schulen ist Deutsch als Unterrichtsfach eingeführt, was auf den praktischen

Sinn der Dänen schliessen lässt. Der gleiche praktische Sinn kommt auch in der Beurteilung der Südschleswig-Frage zum Ausdruck. Man fühlt, dass die heutige, noch mit den Nachwirkungen des Krieges belastete Zeit nicht der richtige Augenblick für eine endgültige Lösung des Problems sein könne und dass mancher von denen, die sich heute so sehr zu Dänemark hingezogen fühlen, sein Bekenntnis wieder wechseln wird, wenn die materiellen Grundlagen sich geändert haben. "Man wird die Dinge in zehn Jahren viel sachlicher und besser beurteilen können". Diese Äusserung eines sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten entspricht der Ansicht vieler Leute in Dänemark. Nur die Konservativen sind anderer Meinung. Aber sie verfügen nicht über die Mehrheit im Parlament und sie dürften auch kaum viel Aussicht haben, sie in Bilde zu bekommen. (b/173/2/ha)

"Internationale Berufsssekretariate"

(sp) Vor kurzem tagte in dem englischen Seebad Bournemouth eine Konferenz der "Internationalen Berufsssekretariate", die sich in der Vergangenheit weniger mit allgemeinen gewerkschaftspolitischen Fragen, als vielmehr mit den speziellen Industrie- und Berufsfragen (Arbeitsbedingungen, Arbeitsschutz usw.) beschäftigt haben. Gewerkschaftspolitische Fragen gehörten zu den Aufgabengebieten der Länderzentralen bzw. der internationalen Zusammenfassungen (JGB., WGB.).

Die "Internationalen Berufsssekretariate" hatten sich trotz aller Umwerbung niemals dem WGB angeschlossen. Als Lord Citrine noch erster Präsident des WGB war, hat er einmal erklärt, dass der WGB nur dann erfolgreich sein werde, wenn es ihm gelingen würde, zu einer Verständigung mit den "Internationalen Berufsssekretariaten" zu gelangen und ihren Anschluss zu erreichen. Dass dem WGB dies nicht gelang, war vor allem der eindeutig ablehnenden Haltung der Internationalen Transportarbeiter-Föderation (ITF) zuzuschreiben. Im September 1948 folgten diesem Beispiel auf einer Konferenz in Paris die wichtigsten anderen Berufsssekretariate. Das war zweifellos eine der schwersten Niederlagen des WGB und besiegelte dessen Schicksal. Die Berufsssekretariate sind das Lebenselement einer wirklich funktionierenden internationalen Gewerkschaftsorganisation. Ohne sie kann eine gewerkschaftliche Körperschaft nicht wirken.

Insbesondere die ITF unter der Leitung des inzwischen verstorbenen Edo Fimmen bedeutete für die deutsche Gewerkschaftsbewegung während der Zeit der Nazi Herrschaft eine kaum zu überschätzende, moralische und materielle Hilfe. Dass die Tagung in Bournemouth unter der Leitung des Nachfolgers Edo Fimmens, Oldenbroek, stand, war ebenso wie der Umstand, dass die AFL durch Irving Moon daran teilnahm, ein gutes Omen. Von den 18 internationalen Berufsverbänden waren 15 in Bournemouth vertreten.

Es wurde vorgeschlagen, die Gewerkschaftsmitglieder hinter dem "eisernen Vorhang" nicht ihrem Schicksal zu überlassen und alles zu

ten, um einen Kontakt mit ihnen aufrechtzuerhalten und sie zu stärken. Ferner war man sich einig darüber, daß alles getan werden müsse, um die gleichberechtigte Mitarbeit der deutschen Gewerkschaften zu erleichtern und diese in jeder Beziehung zu unterstützen. Schließlich wurde die Bildung eines "Internationalen Koordinierungsausschusses" beschlossen.

Obwohl betont wurde, daß dieser Ausschuß keine ähnlichen Funktionen ausüben solle, wie dies einem internationalen Gewerkschaftsbund zukomme, so kann doch kein Zweifel bestehen, daß dieser Koordinierungsausschuß der Internationalen Berufssekretariate de facto diese Rolle so lange spielen wird, bis eine neue internationale Vereinigung der demokratischen Gewerkschaftsorganisationen gebildet ist.

Die deutschen Gewerkschaften haben allen Anlaß, ihre Verbindungen zu den "Internationalen Berufssekretariaten" zu vertiefen.

S.N.

Gewerkschaften und DAG

(sp) Am 29. und 30. März wurden weitere Besprechungen nach einer ersten Aussprache am 12. und 13. März zwischen dem Gewerkschaftsrat und den Angestelltengewerkschaften aller westlichen Zonen, einschließlich der DAG, über die Frage der Organisation der Angestellten in einem neuen gemeinsamen Gewerkschaftsbund stattfinden.

Die bisherigen Verhandlungen zeigten die beiderseitige Bereitschaft, zu einer Lösung dieser seit langem unstrittigen Frage zu gelangen. Es wurden aus den Kreisen der Beteiligten verschiedene Vorschläge vorgelegt, die im Einverständnis aller Beteiligten an die zuständigen Instanzen der Gewerkschaften zur Beratung weitergeleitet werden. Die Verhandlungen verliefen in einem verständlichen Geist.

(b/173/1/he)

Zweiggleisige KP

(sp) Zunehmend wird die kommunistische Taktik sichtbar, den wachsenden Schwierigkeiten der kommunistischen Parteien in den nicht-moskauer Staaten durch eine zweigleisige Politik zu begegnen. Auch in Skandinavien ist diese Linie inzwischen immer deutlicher geworden.

Schon Anfang Februar war während des Parteitag^{es} der norwegischen KP scharfe Gegensätze zwischen dem bisherigen Generalsekretär Furuboth und dem Parteivorsitzenden Lövlien zu Tage getreten. Beide scheinen dabei mit Moskau auf gutem Fuße zu stehen und es besteht Grund zu der Annahme, dass Furuboths eigentliche Aufgabe die Organisation und Leitung des illegalen Apparates der norwegischen KP ist, während Lövlien weiter die "offizielle" Linie der mildereren Tonart vertreten dürfte.

In Schweden ist Linderot als KP-Vorsitzender abgebaut und durch Lager ersetzt worden, während Hagberg die Leitung der Reichstagsfraktion übernommen hat. Auch dort ist die Trennung zwischen dem offiziellen und illegalen Apparat deutlich zu erkennen.

Schließlich liegen aus Finnland sichere Mitteilungen darüber vor, daß der Aufbau des unterirdischen KP-Apparates entsprechend einem Beschluss des inneren Parteitag^{es} bis zum 1. März abgeschlossen sein sollte. Das dürfte inzwischen auch geschehen sein. (m/B1/183/1/he)

Verantwortlich: Peter R. unau